

# Buchbinder-Zeitung

Organ des Verbandes der Buchbinder und Papierverarbeiter

Nummer 17

Ercheim Sonntag.  
Zeugpreis vierzehntlich 1,50 Mk. Nur Postbesug.  
Bestellung bei allen Postanstalten.

Berlin, den 19. April 1925

Geschäftsstelle Berlin G. 2, Breitenstr. 6/9 IV.  
Vertraul. Merkur 8529.  
Anzeigen werden nicht aufgenommen.

41. Jahrgang

## Wahlrecht ist Wahlpflicht!

Der Entscheidungskampf zur Wahl des Reichspräsidenten hat begonnen. In geschlossener Front stehen die deutschen Republikaner in diesem Kampf. An die Spitze der deutschen Republik muß als würdiger Nachfolger unseres Friedrich Ebert ein Mann treten, der seiner politischen Stellung und seiner persönlichen Haltung nach wieder ein von allen verfassungstreuen Kreisen Deutschlands getragener und Gesamtdeutschland führender Reichspräsident ist. An der Spitze der deutschen Republik darf kein Monarchist stehen. An diese Stelle gehört ein Mann, der innerlich erfüllt von den Ideen des sozialen Fortschrittes, getragen von dem Willen zur Verständigung der Völker, in den Bahnen republikanischer Staatspolitik das mühsame Aufbauwert der letzten Jahre in treuer Pflichterfüllung fortsetzen wird. An der Spitze der deutschen Republik muß ein Mann des deutschen Volkes stehen. Der gemeinsame Kandidat aller Republikaner ist der Reichstagsler a. D. Wilhelm Marx, der in den Jahren schweren politischen Ringens um die Gestaltung der deutschen Politik ein Führer des deutschen Volkes gewesen ist. Er muß als Sieger mit überwältigender Mehrheit aus dem zweiten Wahlgang hervorgehen.

Die Arbeiterfeinde haben in letzter Stunde Hindenburg an Stelle Dr. Jarres' zum Präsidentschaftskandidaten bestimmt, sie bieten alles auf, diesem ihren Kandidaten zum Siege zu verhelfen. Die Monarchisten — die Republikaner, so stellt sich in letzter Stunde die Situation dem deutschen Wähler.

Großindustrie und Großlandwirtschaft sind in diesem Wahlkampf zu einem festen Bündnis gekommen, das seine Spitze nur gegen die Arbeiterschaft richtet. Das Wahlbündnis, das jene geschlossen haben, heißt in diesem Falle mehr als je Wirtschaftsbündnis. Es ist ein Bündnis zwischen Wirtschaftsinteressenten, die seit Jahren jene unsinnige Wirtschaftspolitik betreiben, die durch Wucherpreise den Warenabsatz systematisch erdrückt, die Produktion brachgelegt und das Heer der Arbeitslosen täglich vermehrt haben. Allmächtig sind diese Leute in der Regierung der Republik geworden, weshalb es nicht wundernehmen kann, daß dort die Geschäfte der Unternehmer und der Großlandwirtschaft erledigt, nicht aber die Interessen der Massen, des ganzen Volkes, gewahrt werden. Jetzt holen diese Kreise zum entscheidenden Schlag aus: Es gilt auch das höchste Amt in der Republik in ihren Besitz zu bringen, das Amt des deutschen Reichspräsidenten. Wenn die Herren von der Schwerindustrie und vom Reichslandbau nun schon ihre überschüssigen Millionen für solche Zwecke verwenden, dann verfolgen sie damit bestimmte Ziele. Diese Leute sind nicht gewohnt, Geld unnütz zum Fenster hinauszumerfen.

Ueber diese Ziele selbst kann kein Zweifel bestehen. Sie gehen in erster Linie den Gewerkschaften an: Der Industrie und Landwirtschaft ist alles daran gelegen, die jetzige Politik zu Arbeitskonflikten führen muß, und bilden sich ein, Streiks und Zustände einfach durch Verbote unterdrücken zu können. Schon während des Eisenbahnarbeiterstreiks wollte die Regierung mit einem Streikverbot der Bewegung den Garaus machen und die Agrarier drängen bei ihren Vertrauensleuten in der Regierung auf ein Gesetz, mit dem sie eventl. Früh-

jahrstreiks der Landarbeiter totmachen können. Wenn man vor der Wahl des Reichspräsidenten davon ablah, geschah es nur deshalb, um den Arbeitern die Augen nicht zu früh zu öffnen, was einer der Ihrigen für sie als Reichspräsident bedeutet. Sie folgten, indem sie Zurückhaltung übten, dem Gebote listiger Klugheit: Indem sie auf ein Eingreifen schon jetzt verzichteten, wollen sie den letzten Schlag um so wirksamer führen. Dafür haben sie das Amt des Reichspräsidenten nötig. Sie wissen, daß die Macht des Reichspräsidenten groß ist. Diese kann den Arbeitern zum Segen gereichen, wenn sie ein Mann ausübt, der mit den Massen fühlt. Sie wird aber zum Unglück werden und ein Unglück sein, wenn sie im Interesse der Arbeiterfeinde mißbraucht wird.

Mißbrauch aber soll sie werden in der Zolpolitik, in der diese Feindschaft sich auswächst in den Plan, sich gegenseitig die längstbegehrten Hochzölle zu sichern. Stüdt dieser Plan, dann wird man sich gegenseitig Hochzölle für Eisen, Fleisch, Getreide, Gemüse usw. bewilligen — und das Volk wird dann jeden Stimmzettel, der für Hindenburg abgegeben wurde, damit bezahlen, daß sein Brotkorb höher hängt wird. Schloßbarone und Agrarier werden dann mit ihren Hochzöllen den deutschen Markt ganz abschließen, ihre Monopole vollständig machen, willkürliche Wucherpreise diktieren und das Volk als wehrloses Ausbeutungsobjekt benutzen. Darum geht das Spiel am 26. April. Das ist der Sinn der agrarisch-schwerindustriellen Wahlstrategie. Schon jetzt ist infolge von Produktionsbeschränkungen der Eisenpreis um 30—40 Mk. gestiegen und der Brotpreis um 35—40 Proz. teurer als im Frieden und vor einem Jahr. Das sind die Früchte der Kapitalneubildungspolitik unserer Schloßbarone und Agrarier, die Folgen des letzten Reichstagswahlkampfes, der diesen Leuten die Regierung in der Republik auslieferete. Was tut es ihnen, wenn sich der Warenumfang von Tag zu Tag verringert und die Inbultkrisis täglich schlimmer wird? Die sich mehrenden Arbeitslosen sind ja für sie die Reservearmee, die sowohl Landwirtschaft als auch Inbultrie haben wollen, um sie als Lohndruckmittel zu gebrauchen. Wenn sie dazu noch die Erwerbslosenunterstützung abbauen können, wird ihr bekannter Plan, die Löhne auch nominell zu reduzieren, nur erleichtert.

So stehen die Dinge heute. Für uns als Gewerkschaftler hängt alles vom Ausfall der Wahl am 26. April ab. Es ist deshalb unsere Pflicht, am 26. April geschlossen aufzumarschieren. Jede Zersplitterung ist, wie die Geschichte der Arbeiterbewegung und ihr ständiger Machtverlust in den letzten Jahren gezeigt hat, heute doppelt schädlich und muß gerade für die Gewerkschaftsarbeit und die kommenden Wirtschaftskämpfe die übelsten Folgen haben. Am 26. April muß es heißen: Die Republik den Republikanern, den wahren Freunden des Volkes!

Darum hat jeder schaffende Mensch am 26. April zur Wahlurne zu gehen, um nicht nur sein Bekenntnis zu solch hohem Gedanken von der Republik abzulegen, sondern um auch den Mann praktisch an die Spitze des republikanischen Staatswesens zu bringen, der auch in seinem ganzen inneren Wesen von diesem republikanischen Gedanken durchdrungen ist, mag er in diesem Falle auch im übrigen einer Partei angehören, der wir sonst fern stehen.

## Eigennutz und Klasseninteresse.

Der bekannte Nationalökonom Adam Smith bezeichnete den Eigennutz als die hauptsächlichste Triebfeder der wirtschaftlichen Handlungen. In seiner Preistheorie leitet er die Bewegung der durch das Verhältnis von Angebot und Nachfrage bestimmten Preise aus dem rein persönlichen Interesse der Käufer und Verkäufer ab. Den gleichen Standpunkt vertritt er in seiner Lohntheorie sowie in seiner Theorie des Kapitalgewinnes. Hiernach wird der Arbeitstohn im allgemeinen durch den Preis und die Menge der zur Fristung des Lebens notwendigen Bedarfsmittel bestimmt. In seiner Höhe bewegt er sich dauernd um ein bestimmtes Existenzminimum. Der Kapitalist ist, getrieben von Eigennutz, bemüht, den Anteil des Arbeiters an den von ihm erzeugten Produkt auf jenes Existenzminimum herunterzubrüden, während der Arbeiter aus den gleichen Beweggründen seinen Anteil nach Kräften zu steigern sucht.

Das Gegeneinanderpressen der eigennützigen Bestrebungen verschiedener Klassen, das Ringen miteinander um die Erlangung des wirtschaftlichen Uebergewichts wurde von Smith als notwendig erachtet, um den Fortschritt zu sichern, die allgemeinen Interessen zu fördern und die Harmonie in der Wirtschaft aufrechtzuerhalten. Diese könnte seiner Ansicht nach nur gestört werden, wenn es einer Klasse gelang, die anderen zu unterdrücken und die wirtschaftliche Alleinherrschaft zu erringen. Aus diesem Grunde bekämpfte Smith die kapitalistischen Monopole, weil er glaubte, daß sie zur Quelle nationaler Feindseligkeiten und des Nationalhaßes werden. Von der gleichen Auffassung ausgehend, war er Gegner jeder wirtschaftlichen Organisation der Kapitalisten wie der Arbeiter. In ihrem Handeln sollte jede Klasse frei sein, der einzelne seinen eigenen Interessen folgen können. Bestehe diese Freiheit, dann werde der einzelne innerhalb der freien Konkurrenz diese nur soweit durchsetzen können, als es die Interessen anderer Klassen zulassen.

Bei aller Hervorhebung des Eigenmutes als Grund alles menschlichen und wirtschaftlichen Handelns leugnete Smith durchaus nicht, daß jenes auch von anderen Motiven geleitet, durch moralische Gefühle, Gemeininn, dem sogenannten Altruismus beeinflusst werden kann. Eine besondere Bedeutung legte er ihm aber nicht bei, denn auch hinter den als altruistisch bezeichneten Handlungen fand er oft nichts anderes als Eigennutz versteckt. Dementprechend stand Smith auch den Wohltaten des Staates sehr skeptisch gegenüber, weshalb er dessen Aufgaben möglichst enge Grenzen zog, alles andere dagegen von der freien Bewegung und dem Privatinteresse der Bürger erwartete. Diese Auffassung fand ihre Erklärung in den Erfahrungen der sogenannten merkantilistischen Periode, wo der absolutistische Staat in weitgehendem Maße in das Wirtschaftsleben eingriff, es von oben herunter zu regeln suchte, zugleich aber jede individuelle Betätigung hemmte.

Die von Adam Smith vertretenen Theorien sind von dem Kapitalismus, der sie in seiner Entwicklungsepoche überschwenglich feierte, aufgegeben worden. Das kapitalistische Unternehmertum hat in dem freien Spiel der Kräfte ein Haar gefunden und kennen gelernt, daß es bei der Monopolwirtschaft besser auf seine Rechnung kommt. Auch die Auffassung Smiths von dem Eigennutz als der hauptsächlichsten Triebfeder des menschlichen und wirtschaftlichen Handelns hat viel-

sache Angriffe erfahren. Die Vertreter der neueren Nationalökonomie, besonders der sogenannten historischen Schule, haben sich um den Nachweis bemüht, daß die Menschen besser geworden sind, die selbständigen Interessen zurücktreten und die sozialen Gefühle dafür in den Vordergrund rücken. Vor allem ist es Schmolter, der die Lehre von dem Egoismus oder den Interessen als den psychologisch einfachen und bleibenden Ausgangspunkt aller wirtschaftlichen Handlungen als eine bodenlose Oberflächlichkeit bezeichnet. Der Egoismus spiele zwar überall eine hervorragende Rolle, trete aber auch überall in anderen Mischungsverhältnissen und durchsetzt mit ethischen Faktoren auf. Bei steigender Kultur greife das mit sittlichen Anschauungen durchdränkte Recht immer energischer in die Verteilung des Reichtums ein. Vor allem sei der moderne Staat von dem Bewußtsein durchdrungen, daß für die unteren Klassen in wachsendem Maße zu sorgen sei. Nebenher vertrat Adolf Wagner die Ansicht, daß selbst auf den Gebieten, wo das privatwirtschaftliche Interesse ausschließlich zu herrschen scheint, nicht der Egoismus allein dominiere, sondern Menschenliebe, Gewissenhaftigkeit, Familienstimm und Ehrgefühl dem ziellosen Erwerbstrieb im Innern des Menschen gewisse Schranken lege. Ein schöner Glaube, der nur wenig mit der Wirklichkeit gemein hat!

Der Glaube an den Altruismus ist noch von vielen anderen Propheten gepredigt worden. Eine besondere Wirkung haben sie mit ihrer heilslehre weder bei den oberen, noch bei den unteren Volksschichten ausgelöst. Dagegen hat der moderne Sozialismus die Lehre Adam Smiths von dem Selbstinteresse als treibenden Faktor wieder aufgenommen und zur Theorie des Klasseninteresses erweitert. Die Gesellschaft, d. h. die in einem Staatswesen vorhandenen Personen, gliedert sich in bestimmte Gruppen oder Klassen, die je durch besondere gemeinsame Impulse in ihrem Handeln bewegt und bestimmt werden. Diese Verzweigung des persönlichen mit dem Klasseninteresse war übrigens schon Smith bekannt. So spricht er in seinem Buch „Ueber den Reichtum der Nationen“ davon, wie die Kaufleute gemeinsame Maßnahmen anstreben, die ihnen günstig, dem Konsumenten dagegen schädlich sind, wie die Arbeiter mit den Meistern hadern und Streiks in Szene setzen. Wenn er trotzdem das Klasseninteresse als treibenden Wirtschaftsfaktor nicht in den Vordergrund stellte, so nur deshalb, weil das soziale Leben sich noch in den engen aus der Feudalzeit stammenden Schranken bewegte. Solange sie bestanden, war das Volk machtlos und ohne Organisation. Der Kleinbetrieb herrschte noch vor und die Konzentration des Proletariats in großen Industriezentren befand sich noch in den ersten Anfängen. Hiernach war bei ihm auch noch kein Klassenbewußtsein zu erwarten.

Die feudalen Schranken fielen, womit sich die Bewegung und der Kampf der Klassen frei entwickeln konnten. Die Vorteile, die der Zusammenschluß bot, waren zu groß, um nicht bemerkt zu werden. Wie sich dieser Zusammenschluß auf Seiten der Arbeitnehmer vollzog, so auch auf Seiten der Arbeiter. Für letztere war dieser Zusammenschluß sogar noch in viel höherem Maße notwendig, wenn sie sich aus politischer und wirtschaftlicher Ohnmacht befreien wollten. Nur im gemeinsamen, solidarischen Vorgehen konnte der einzelne sein Los verbessern. Auf sich allein gestellt, blieb er bedeutungslos, der Willkür des ihm ausbeutenden Kapitalisten ausgeliefert. Im Anschluß an seine Klasse dagegen fand er nicht nur die Kraft, dieser Ausbeutung Widerstand zu leisten, sondern schließlich auch die Anerkennung seiner Gleichberechtigung als Mensch durchzusetzen. Nur langsam haben die Arbeiter die Notwendigkeit des Klassenkampfes begreifen gelernt, dann aber auch gezeigt, eine wie große Fähigkeit ihnen zur Klassenorganisation innewohnt. Die moderne Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung liefert den Beweis hierfür.

Bei dem Zusammenschluß der Arbeiter in der Organisation bildet zweifellos das Eigeninteresse des einzelnen das treibende Motiv, auch wenn ihm zeitweilig und unter Umständen bedeutende Opfer zugemutet werden. Durch den Anschluß an die Organisation erwarten sie aber, daß die gebrachten Opfer für sie von persönlichem Vorteil sein werden. Es sind also auch bei ihnen egoistische Triebe für ihr Handeln maßgebend. Der Egoismus treibt, ja zwingt sie zur Solidarität, die ihn unschädlich macht und in das Gemeininteresse überführt.

Daß der Egoismus oder Eigennutz den treibenden Faktor des wirtschaftlichen Lebens darstellt, lebt in der sozialistischen Theorie der Klassenkämpfe unverkennbar fort. Am klarsten wird diese Auffassung in dem kommunistischen Manifest zum Ausdruck gebracht. Der Gedanke des Klassenkampfes ist seitdem Gemeingut der Arbeiter geworden. Aber auch darüber hinaus haben vorurteilslose bürgerliche Wissenschaftler seinen Einfluß auf die Gestaltung der politischen und wirtschaftlichen Verhältnisse wie auch die ungeheuren Verdienste der Gewerkschaften als Klassenorganisation der Arbeiter um die Verbesserung der Arbeiterlage anerkannt. Mattutat.

### Von der Erwerbslosenfürsorge zur Arbeitslosenversicherung.

Ein riesenhaftes Elend, das sich fast durch alle Länder der Welt zieht und einen internationalen Charakter hat, ist die übergroße Zahl der Erwerbslosen. Während des Krieges waren in allen Ländern, auch den neutralen Staaten, die Betriebe so beschäftigt, daß es einfach keinen Arbeitslosen gab. Es wurden sogar die Frauen zu allen möglichen Arbeiten herangezogen, deren Ausführung vorher durch das weibliche Geschlecht für unmöglich gehalten wurde. Mit Beendigung des Krieges strömten die Soldaten in ihre Heimat zurück. Sie verdrängten die Frauen aus ihren Arbeitsstellen. Die Mehrzahl der Heimkehrer konnten freilich keine Arbeit finden, da nicht nur in den durch den Krieg betroffenen, sondern auch den neutralen Staaten die Wirtschaft durch den Wegfall der Kriegslieferungen den Niedergang erlebte. Die Regierungen versuchten diesen schweren Aufgaben, der Unterbringung der Krieger, Herr zu werden, indem sie Demobilisierungs- und ähnliche Verordnungen erließen.

Durch diese Maßnahmen war es zwar gelungen, eine große Anzahl der Beschäftigungsluchenden unterzubringen, aber ansatz daß sich die wirtschaftliche Lage (namentlich in Deutschland) bessern sollte, wurden die Zustände immer untragbarer. Die Folgen des verlorenen Krieges (Ruhrbesetzung, Reparationskosten usw.) lasteten so schwer auf unserem Volke, daß an ein Aufblühen des Wirtschaftslebens nicht zu denken war. Die Zahl der Arbeitslosen stieg von Tag zu Tag. Es mußte Abhilfe geschaffen werden, um Katastrophen zu vermeiden. Aufstände und Unruhen brachen aus. Die Urheber dieser ungeschönen Ereignisse waren meist verführte Arbeitslose, die durch solche Laten eine Besserstellung ihrer trostlosen Lage erwarteten. Die Erwerbslosen liefen der kommunalen Wohlfahrtspflege zur Last. Die Armenfürsorge war diesen hohen Anforderungen nicht gewachsen. Die Städte und Gemeinden verlangten und erbieten vom Staat zur Unterstützung der Arbeitslosen erhebliche Zuschüsse.

Aus diesen anfänglich kommunalen Unterstützungseinrichtungen entwickelte sich nach und nach unsere heutige Erwerbslosenfürsorge, die sich über das ganze Reichsgebiet erstreckt. Eine Neuorganisation und Zentralisierung dieser Fürsorge geschah durch die „Verordnung über die Erwerbslosenfürsorge“ vom 16. Februar 1924. Das Neue an diesem Gesetz war, daß die Arbeitgeber und Arbeitnehmer neben den staatlichen Zuschüssen die Kosten für die Fürsorge durch Beiträge ausbringen. Verpflichtet, Beiträge zu leisten, sind nur krankversicherungsspflichtige Personen und deren Arbeitgeber. Betrachtet man die ganze Konstitution der Erwerbslosenfürsorge, so kann man ihr kein Lob zollen. Die Erwerbslosenfürsorge in ihrer heutigen Gestaltung ist kein Meisterwerk. Sie ist ein Zwitwerg; keine öffentliche Wohlfahrtspflege, aber auch keine Versicherung. Es ist ganz erklärlich, daß einer solchen Einrichtung sehr viel Mängel anhaften. Die ganze Erwerbslosenfürsorge ist so mangelhaft und unzureichend, daß sie einer gründlichen Reform bedarf, wenn sie wirklich das leisten soll, zu dem sie berufen ist. Von verschiedenen Seiten sind dem neuen Reichstag Vorschläge zu einer Um- und Neugestaltung der Erwerbslosenfürsorge zugegangen. Die ideale Lösung der Frage wäre der Umbau unserer heutigen Fürsorge in eine „Arbeitslosenversicherung“. Dieser Weg wird von fast allen Sozialpolitikern und Fachleuten als der einzig richtige angesehen und befürwortet.

Das Ausland ist uns in dieser Beziehung weit voran. In verschiedenen Ländern haben wir sehr

gut durchgebildete und leistungsfähige Arbeitslosenversicherungen. In Oesterreich umfaßt das im Jahre 1922 erlassene Arbeitslosenversicherungs-gesetz sämtliche Krankenkassenmitglieder mit wenigen Ausnahmen. In England unterliegen der Versicherungspflicht alle in irgendeinem Arbeitsverhältnis stehende Personen, ausgenommen sind nur die in der Landwirtschaft Beschäftigten und die Dienstboten. In Irland, Luxemburg, Stalien, Queensland (Australien) usw. haben wir sehr gut durchgearbeitete und leistungsfähige Arbeitslosenversicherungen. Auch in anderen Ländern sind mehr oder minder gute Unterstützungseinrichtungen für Erwerbslose vorhanden. Mit seiner Sozialversicherung stand Deutschland früher in der Welt voran. Sehr viele andere Staaten haben sich Versicherungen nach deutschem Muster geschaffen und die in der Reichsversicherungsordnung enthaltenen Bestimmungen als Leitfaden benützt. Warum verlag unsere Gesetzgebung auf dem so sehr wichtigen Gebiete der Arbeitslosenversicherung? Ist es nötig, daß wir in dieser Beziehung erst von anderen Staaten lernen müssen?

Von gewerkschaftlicher Seite und auch von der Sozialdemokratie wird schon lange eine Reform unserer Erwerbslosenfürsorge gefordert. Bis jetzt leider vergeblich! Dabei haben wir es doch so leicht. Die Arbeitslosenversicherung braucht ja nur der doch unstreitig leistungsfähigen Krankenversicherung angeglichen zu werden. Haben wir doch in den Trägern dieser Versicherung, den Krankenkassen, gut organisierte und fachtechnisch ausgebildete Organe, denen die Arbeitslosenversicherung ohne allzugroße Mühe und ohne erheblichen Kostenaufwand angeschlossen werden könnte. Die Neuan-schaffung von besonderen Trägern des neuen Versicherungszweiges wäre nicht rasam. Erstens würde hierdurch unter öffentlichen Versicherungswesen mehr noch wie bisher zersplittert werden, zweitens würden die neu-geschaffenen Einrichtungen einen guten Teil der auf-gebrachten Beiträge als Verwaltungskosten schlucken. Im Interesse der Erwerbslosen und überhaupt des gesamten werttätigen Volkes ist es wünschenswert, daß uns der Reichstag baldigt das so sehr ersehnte Gesetz über die Arbeitslosenversicherung beschließt.

Kleis-Weimar.

### Achtstundentag und Kultur.

Während in Deutschland und Europa noch um den Achtstundentag gerungen wird, ist er in Australien schon seit mehr als einem halben Jahrhundert bekannt. Es war im Anfang des Jahres 1856, als sich die Bauhandwerker in Australien zu einer Gewerkschaftsorganisation zusammenschlossen, und es gelang ihnen dann bald, den Achtstundentag durchzusetzen. Am 23. April 1856 wurde der Achtstundentag von den Bauhandwerkern endgültig errungen, und da dieser Tag eine grundsätzliche Bedeutung für alle Arbeitnehmer hat, wird er als der sogenannte „Demonstrationstag“ alle Jahre gefeiert. Er ist der allgemeine Feiertag der gesamten Arbeitnehmer.

Den Bauhandwerkern folgten die Maschinenbauer, die Eisengießer und die Schiffbauer. Anfang der sechziger Jahre erlitt die Bewegung einen Rückschlag durch Ueberfüllung des Arbeitsmarktes mit Kräften. Die Goldfelder im Innern des Landes waren erschöpft, und die Goldwäscher strömten arbeitslos zu Tausenden wieder zurück. Doch seit dem Jahre 1869 ging der Achtstundentag auf alle Klassen der Arbeitnehmer über.

So war der Achtstundentag in Australien schon vor mehr als einem halben Jahrhundert allgemein, in allen Zweigen des Arbeitslebens möglich, zu einer Zeit, als die Maschine noch nicht die technische Vollkommenheit von heute hatte. Darum ist es wohl zu begreifen, wenn die australischen Arbeiter jetzt den allgemeinen Propagandataug zugunsten des Achtstundentages abschaffen wollen, da durch die allgemeine Einführung systematischer Produktionsmethoden statt des Achtstundentages eine weitere Herabsetzung der Arbeitszeit möglich ist, die ja auch August Bebel schon auf Grund der technischen Entwicklung errechnet hat.

Die Gewerkschaften sind es, die diese Erfolge errungen haben. Den Gewerkschaften ist es auch nach allgemeiner Ansicht der Wissenschaftler, die Australien und seine Verhältnisse studiert haben, zu danken, daß im Verein mit dem Achtstundentag in

Australien eine allgemeine soziale Wohlfahrt herrscht. Arbeitslosigkeit ist selten. Auch der schärfste Arbeiter hat seinen materiellen Wohlstand. Daher besitzt das Land allgemein ein kaufkräftiges Publikum, auch im Proletariat. Und diese allgemeine Kaufkraft wirkt natürlich wieder günstig auf die Produktion und die allgemeine wirtschaftliche Lage ein.

Diese Erfolge der Gewerkschaften zeigen uns, was gewerkschaftlicher Zusammenschluß zu leisten vermag. Ohne den ununterbrochenen gewerkschaftlichen Kampf seit dreiviertel Jahrhundert wäre der Achtstundentag heute nicht zu dieser fast atmatischen Einrichtung geworden, die durch eine weitere Herabsetzung der Arbeitszeit ersetzt werden muß, da ja auch der Arbeitnehmer seinen Vorteil von der technischen Entwicklung und wirtschaftlichen Modernisierung haben soll.

Besonders interessant ist für uns und vor allem für die Gegner dieser Selbstverständlichkeit des Achtstundentages die große kulturelle Bedeutung, die er in Australien gewonnen hat. Da wo der Achtstundentag eine Geschichte hat, läßt sich am besten erkennen, ob er wertvoll ist oder nicht. Und das hohe kulturelle Niveau des australischen Proletariats beweist, welche geistige Bedeutung dem Achtstundentage zukommt.

Die freie Zeit wird nämlich nicht mißbraucht, wie es in der ersten Zeit der Freiheit vielleicht geschehen sein mag. Das Proletariat weiß den Achtstundentag zu würdigen. Es ist hineingewachsen in den geistigen Sinn des Achtstundentages, und es ist sich der kulturellen Bedeutung wohl bewußt. Darum der allgemeine Bildungsdrang aus allen Kreisen der Arbeitnehmer. Daher die geistige Höhe, die das Proletariat besitzt. Selbst von gegnerischer Seite wird anerkannt, daß der Achtstundentag das australische Proletariat im Laufe der Jahre zu einer Bildung hinausgeführt hat, die uns Europäer, die wir kaum den Anfang des Achtstundentages erleben durften, unglaublich erscheint.

Und was in Australien möglich ist, sollte in Deutschland nicht möglich sein? — Der Achtstundentag ist darum eine kulturelle Forderung unserer Zeit, die so sehr von einem großen sittlichen und geistigen Gebanten getragen ist, daß eine Aufhebung dagegen durch das Unternehmertum auf die Dauer einfach unmöglich ist, wenn die Arbeitnehmer im organisatorischen Zusammenschluß immer und immer wieder diese hohe Kulturforderung vertreten.

### Lehrreiche Zahlen von den deutschen Konsum-Genossenschaften.

Vom Zentralverband deutscher Konsumvereine wurden die Entwicklungszahlen des Jahres 1924 mitgeteilt, deren Bedeutung erst dann beurteilt werden kann, wenn man weiß, was 10 Jahre zuvor von den Konsumvereinen geleistet werden konnte und wenn man vergleicht, was die eigentliche Leistung sein müßte. Sehen wir also zu.

Die Umsätze von 1036 berichtenden Konsumvereinen des Zentralverbandes, dem im ganzen 1175 Genossenschaften angeschlossen sind, betragen im Kalenderjahr 1924 bei 3 448 218 Mitgliedern 548 741 184 Mt., also auf das einzelne Mitglied kommen 159,32 Mt. Jahresumsatz. Im Jahre 1914 betrug der Umsatz bei 1 633 644 Mitgliedern 640 123 888 Mt., also auf das einzelne Mitglied kamen 392 Mt.

Es liegt klar auf der Hand, daß ein derartiger absoluter und relativer Rückgang des Umsatzes eine schwere Schädigung der genossenschaftlichen Unternehmungen und damit der wirtschaftlichen Interessen der ihnen angeschlossenen Verbraucherfamilien bedeutet. Und es kann in keinem Fall gesagt werden, daß für eine Arbeiterfamilie der Durchschnittsumsatz nicht höher gebracht werden könnte. Denn erstens sind zwar nicht die Reallohne, aber doch die tatsächlich gezahlten Löhne höher als im Jahre 1914 und ebenso die Warenpreise (weshalb ja der sogenannte Reallohn niedriger ist), so daß sich der Durchschnittsumsatz erhöhen müßte, statt kleiner zu werden. Es müßten gegenüber dem Jahre 1914 statt 392 im Durchschnitt mindestens 500 Mt. herauskommen, denn 20—25 Proz. Mehrlohn im Durchschnitt kann als sicher angenommen werden. Legt man nun diesen Betrag von 500 Mt. dem Jahresumsatz zugrunde, so müßten bei 3 448 218 Mitgliedern 1724 Millionen 109 000 Goldmark herauskommen, wobei sich die Mitglieder noch nicht einmal „überangestrengt“ hätten.

Es ist daher eine ganz unbegreifliche Kurzsichtigkeit seinen eigenen Interessen gegenüber, wenn man als Konsumvereinsmitglied die genossenschaftliche Warenversorgung nahezu verkümmern läßt, um dem privaten Handelskapital den Haufen in die Röhre zu jagen. Denn die Verteilungsstellen der Konsumvereine müssen aufrechterhalten werden auch bei niedrigem Umsatz; ebenso müssen die Arbeiter und Angestellten weiterbeschäftigt werden und man weiß ja außerdem, daß die Arbeitseinkommen bei den Konsumvereinen und ebenso die sozialen Leistungen wesentlich höher und günstiger sind als in der kapitalistischen Privatwirtschaft. Woraus sich ergibt, daß bei niedrigem Umsatz die Unkosten wesentlich höher sind und daß dieselben in dem Maße herabgedrückt werden, wie der Umsatz steigt.

Von Sozialismus und sozialisieren nur zu reden und die praktische Gelegenheit zu veräumen, für ihn wirtschaftlich zu handeln, beraubt jede genossenschaftlich organisierte Verbraucherfamilie des Rechtes, über die schlechten Zeiten und noch einiges dazu zu schimpfen. Insbesondere auch dann, wenn man weiß, daß die Konsumvereine wieder dazu übergehen, ihren Mitgliedern eine Rückvergütung auf den Umsatz herauszugeben. Aber viel höher noch als die Rückvergütung steht die Aufgabe, die Konsumvereine so auszubauen, daß sie, wenn auch in begrenzter Weise, die eigene Nahrungsmittelproduktion in Mühlen, Bäckereien, Schächtereien usw. weiterentwickeln können und daß ihre Großkauf-Gesellschaft in Hamburg als Warenzentrale der deutschen Konsumvereine in der Lage ist, zur größeren, zentralisierten Eigenproduktion zu schreiten und neben Teigwaren-, Zündholz-, Tabak-, Seifenfabriken usw. auch große Schuhfabriken, Kleiderfabriken, Möbelfabriken zu setzen!

Ist es nicht ein geradezu kläglicher Zustand, daß die von den Arbeitern und Angestellten, auch Beamten und Handwerkern selbstgeschaffenen genossenschaftlichen Wirtschaftsunternehmungen einen Jahresumsatz von sage und schreibe rund 160 Mt. pro Familie erzielen, statt 392 Mt. wie im Jahre 1914 und statt 500 Mt., wie es heute mindestens sein könnte und müßte?

Ein ebenso unbefriedigendes Kapitel bildet das Betriebskapital. Wie es durch die Geldentwertung im Jahre 1923 vollständig verloren gegangen ist, weiß jedermann. Es weiß auch jedermann, daß die Verwaltungen der Konsumvereine so schuldbas am diesem Verluste sind, wie das deutsche Volk an dem erstandenen und verlorenen Kriege. Nun hat sich die Führung der deutschen Konsumgenossenschaften seit Jahr und Tag angestrengt, neues Betriebskapital mit den mitbesten Einzahlungsraten hereinzubekommen. Und der Erfolg? Die Geschäftsausgaben der Mitglieder, also das eigene Betriebskapital der Genossenschaften, betragen Ende 1924 rund 15 Millionen Mark, im Jahre 1914 aber rund 37½ Millionen. Diese Differenz wäre nicht so schlimm, aber es ist zu beachten, daß in der Summe von 1924 mindestens 10 Millionen aufgewerteter Geschäftsanteile stehen, so daß nur 7 Millionen bar eingezahlte Geschäftsanteile vorhanden sind. Die Mitglieder lassen sich ihr wertlos gewordenen Geschäftsanteile zwar „aufwerfen“, vergessen aber, daß ihre Genossenschaften Bargeld als Betriebskapital braucht. Es wäre auch noch nicht einmal so schlimm, wenn dann wenigstens der Ausgleich durch erhöhten Umsatz käme. Aber leider ist das Gegenteil der Fall, obwohl der erhöhte Umsatz es den Mitgliedern ermöglichte, ohne direkte Barzahlung, lediglich durch die sogenannte Gutschrift der Rückvergütung die Geschäftsanteile wieder aufzufüllen, so daß die Konsumvereine nicht nur „aufgewertetes“ Betriebskapital, sondern bares wieder in größerem Umfange zur Verfügung hätten. Und damit würden Bankkredite mit hohen Bankzinsen erspart und die Warenpreise könnten niedriger gehalten werden. Aber so — — —

Auch die Spareinlagen bilden einen wunden Punkt in der Betriebskapitalfrage, und wenn die Bestände der Konsumvereine am Ende des Jahres 1924 rund 50 Millionen Mark aufwiesen, so sind es wiederum etwa 40 Millionen aufgewerteter Spareinlagen und kaum 10 Millionen Bareinlagen. Das heißt also: die Konsumvereine geben ihren Mitgliedern durch Aufwertung von Geschäftsanteilen und Spareinlagen eine Summe von etwa 50 Millionen Goldmark, wie es keine Bank und Sparkasse tut, aber zum Danke dafür bevorzugt die große Masse den

Privathandel und die Spartassen bei der Herausgabe des Einkommens, damit die wirkliche Macht des Großkapitals immer noch mehr gestärkt wird.

Und dann redet man vom „Sozialisieren“, von „Berrättern“ und von weih was sonst noch. — — — Hoffentlich bringt diese „Epistel“ bei Tausenden Besserung. Denn nur deshalb ist sie geschrieben worden.

### Erfolge durch Gewerkschaftsmacht oder Geschenke von Schlichtungsinstanzen?

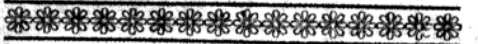
Die Gewerkschaften waren in den letzten Jahren vielfach gezwungen, bei Lohn- und Tarifkämpfen die Hilfe der staatlichen Schlichtungsinstanzen in Anspruch zu nehmen. Manches konnte dadurch gehalten und oft auch Erfolge erzielt werden. Nun hat ein Erfolg, der aus der Hand einer Schlichtungsinstanz entgegengenommen wird, immer einen bitteren Beigeschmack, da durch ihn indirekt bewiesen wird, daß die Gewerkschaften oftmals aus eigener Kraft nicht in der Lage waren, etwas Besseres oder Besteres für die Mitglieder herauszuholen. Bei einem Schlichtungsverfahren über die Arbeitszeitregelung in einem der größten Tarifvertragsgebiete, das kürzlich durchgeföhrt wurde, wies ein Gewerkschaftsvertreter dem Schlichter gegenüber darauf hin, daß dieser im Vorjahre bereits einen besseren Vorschlag formuliert habe, als diesmal, obwohl doch die Wirtschaftslage sich inzwischen wesentlich gebessert habe. Die Durchführbarkeit sei doch in heutiger Zeit viel eher gegeben.

Der Schlichter antwortete hierauf u. a.: „Meine Herren, war die Arbeiterschaft im Vorjahre durch eigene Kraft in der Lage, ein Ergebnis, wie ich es durch Schiedspruch festgesetzt zu erzielen? Oder sind die Gewerkschaften heute stark genug, sich mehr zu holen, als ich in meinem Vorschlag festgelegt habe...?“

Die Frage des Schlichters konnte leider nicht fest bejaht werden, da die beteiligten Gewerkschaften tatsächlich nicht imstande waren, aus eigener Kraft mehr zu erreichen.

Doch durch die Frage des Schlichters wurde eine empfindliche Stelle im Organisationsleben der Arbeiterschaft berührt. Die Funktionäre und Mitglieder der Gewerkschaften sollten deshalb mit aller Kraft bestrebt sein, die Schlagkraft der Gewerkschaften und ihre Geschlossenheit derart zu steigern, daß diese aus eigener Kraft den Unternehmern mehr abzurufen vermögen. Dann brauchen die Schlichtungsinstanzen weit weniger in Anspruch genommen zu werden. Durch die tatsächliche Macht der Gewerkschaften errungene Erfolge werden ihre Wirkung auf die Arbeiterschaft nicht verfehlen und weit eher geschätzt werden als die, die aus den Händen eines Schlichters entgegengenommen werden müssen.

Grundbedingung hierfür sind und bleiben starke Gewerkschaften, um deren Ausbau jeder Arbeiter bestrebt sein muß.



Es gibt nur eine Wahl: Entweder man drückt die ganze Arbeiterwelt auf das Niveau von rechtlosen Sklaven und Hörigen herab, und das ist unmöglich, oder man erkennt sie als gleichberechtigte Staatsbürger an, hebt ihre geistige und technische Bildung, läßt sie sich dann aber auch organisieren, räumt ihnen den Einfluß ein, den sie brauchen, um ihre Interessen zu wahren. — Wir dürfen aber nicht vergessen, daß nur diese Organisation der Arbeiter die Regierungen und die Besessenen so nachdrücklich an ihre sozialen Pflichten erinnerte, daß eine ernsthafte Sozialreform in Angriff genommen wurde; die sich geltend machenden Stimmen der Wissenschaft, der Kirche, der Humanität waren in den Tagen des Tanzes um das goldene Kalb viel zu schwach. Die selbstbewußte Organisation des Arbeiterstandes an sich ist der Ausdruck der weltgeschichtlichen Tatsache, daß die Menschheit eine Kulturhöhe erreicht hat wie nie früher, eine Kulturhöhe, die auch die unteren Klassen nicht mehr zum passiven Fußgestell der oberen, sondern zu einem selbstbewußten aktiven Gliede des Gesamtorganismus machen will und kann.

Professor Schmöller.

### Arbeitslohn und Arbeitsleistung.

Im Frühjahr 1924 legte der Wirtschaftspolitische Ausschuss des Reichswirtschaftsrates auf Anregung des Reichswirtschaftsministers eine Kommission zur Untersuchung der anormalen Preisbildung in der häu- u. wirtsch. und der Lederherstellung und -verarbeitung ein (Lederenquete). Die Ergebnisse der Untersuchung liegen jetzt vor. Sie stellen fest, daß sich die übersteuerten Preise zum Teil aus den skandalösen Kredit- und Währungsverhältnissen im Frühjahr 1924 erklären; dann aber auch aus den monopolistischen Tendenzen, die besonders den Fell- und Häutemarkt beherrschen und nach verschiedenen Richtungen hin von spekulativem Anreiz sind. Ausdrücklich wird bestätigt, daß Arbeitslohn und Arbeitszeit für die Preissteigerung nicht in Frage kommen. Das ist von besonderer Wichtigkeit, da die Preise in der Lederwirtschaft damals bis 40 und 50 Proz. über Weltmarktpreise lagen.

Es ergibt sich also die Feststellung, daß der Achtstundentag auf die Produktionsfähigkeit nicht drückt. Im Gegenteil, durch Modernisierung der Betriebe hat man das Produktionsvermögen bedeutend erhöht. Man ist heute bei gleicher Arbeiterzahl und in weniger Zeit imstande, bedeutend mehr zu produzieren als vor dem Kriege, d. h. wenn man die Ware absetzen könnte. Hier ergeben sich die besonderen Schädigungen der heutigen Wirtschaftspolitik, die durch Kürzung des Reallohnes weitere Verteuerungen bedingt. Es ist klar, daß eine volle Ausnutzung der Betriebe den Preis an und für sich verbilligen muß.

Was die Lederenquete über die Auswirkungen des Achtstundentages feststellt, stammt in erster Linie von unverdächtigen Zeugen, nämlich von Unternehmern selbst. Allerdings behauptet die kapitalistische Presse das Gegenteil. Hier muß man aber folgendes beobachten: Die kapitalistische Presse hält es nicht für nötig, ihre Lügen über den Achtstundentag zahlenmäßig zu beweisen. Darüber legen sich die Verteilung mit klümem Schwung hinweg. Die Feststellungen der Lederenquete gehen aber aus genauen Berechnungen hervor. Dadurch erlangen sie besondere Beweiskraft.

Weiter muß noch eine andere äußerst wichtige Tatsache beachtet werden: Nach Aussage der Unternehmer ist mit Einführung des Achtstundentages eine Modernisierung der Betriebe eingetreten. Dadurch konnte erst das erfreuliche Ergebnis erzielt werden, daß verkürzte Arbeitszeit, gesteigerte Arbeitsintensität und technische Verbesserung eine ganz bedeutende Erhöhung der Produktionsfähigkeit bedingen. Der Achtstundentag hat sich also als Schrittmacher des technischen Fortschritts und der Steigerung der Produktion erwiesen. Wo sich allerdings die Unternehmer einbilden, nach Groh-vaters Methode oder in Erinnerung an die glänzende Inflationszeit weiterzusteuern zu können, kann es nicht wundernehmen, wenn sie nicht mit der Modernisierung Schritt halten können und Klage- lieber über den Achtstundentag anstimmen. Für die Wirtschaft und die Arbeiterchaft ist es natürlich besser, wenn solche Betriebe mit der Vereinigung der Wirtschaft möglichst schnell verschwinden.

Ebenso einseitig wie die Untersuchungen über die Arbeitszeit sind die Feststellungen der Kommission darüber ausgefallen, welchen Einfluß die Löhne auf die Preisgestaltung ausüben. Bekanntlich ist es ja heute wieder Mode geworden, die kleinste Lohnerhöhung zu ungerechtfertigten Preiserhöhungen zu mißbrauchen. Vor allem bemüht man sich, mit Ankündigungen von Preiserhöhungen jede Lohnbewegung der Arbeiterchaft in der Öffentlichkeit von vornherein zu mißtreiben. Doppelt wichtig ist es deshalb, wenn der Bericht der Untersuchungskommission darüber feststellt, daß in der Lederindustrie der Anteil des Arbeitslohnes am Preise des Produktes — bei erhöhten Rohwaren und Materialpreisen usw. — relativ zurückgegangen ist. Hier wird also festgestellt: 1. der Lohn kommt für die Preissteigerung gar nicht in Frage, 2. der niedrigere Lohn gleicht vielmehr die Aufkosten auf anderen Gebieten aus. Daraus ist zu folgern: Wenn der Lohn für die Preisbildung maßgebend wäre, müßte das Produkt heute billiger sein als vor dem Kriege, denn der Anteil des Lohnes am Preis ist gegenüber dem Frieden

gesunken. Diese Feststellung kann nicht übersehen. Schon die Lederenquete im vorigen Jahre hat ähnliches festgestellt.

Fassen wir das für die Gewerkschaftsarbeit wichtige Ergebnis der Lederenquete dahin zusammen: Die Ursachen der übersteuerten Preise in der Lederwirtschaft sind überall, nur nicht bei dem Achtstundentag und bei den Löhnen zu suchen. Da die Enquete vom Reichswirtschaftsministerium angeordnet wurde, kann ihrem Ergebnis amtlicher Charakter zugesprochen werden.

### Fritz Mehrmann †

Am 11. April wurde Fritz Mehrmann in Hannover zu Grabe getragen. Er war einer der wenigen Alten, die noch übrig geblieben sind von denen, die vor 44 Jahren unsere Organisation in Hannover ins Leben gerufen haben. Jahrzehntelang stand er im Vordertreffen der gewerkschaftlichen Bewegung. Schon im Juli 1882 trat er als Vorsitzender an die Spitze des neugegründeten Unterstützungsvereins. Unter seiner Führung wurde dieser 1883 in einen Fachverein umgewandelt, um größere Bewegungsfreiheit zu bekommen. Auf dem Gründungskongress unseres Verbandes in Offenbach im Jahre 1885 vertrat Mehrmann den hannoverschen Verein und er hatte auf die Verhandlungen bestimmenden Einfluß. 1886 wurde Mehrmann in den Verbandsauschuss gewählt und 1889 war er Delegierter auf dem Verbandstag in Hannover, desgleichen 1891 auf dem Verbandstag in Altenburg. Als Führer von Lohnbewegungen stand Mehrmann 1890, 1896 und 1903 an der Spitze, nachdem er 1893 zum Vorsitzenden des Verbandsauschusses gewählt worden war.

Oftmals fast verzweifelt, doch immer wieder mit zäher Energie zureißend, verstand er es, die damals oft auseinander strebende Kollegenschaft in Hannover zusammenzuhalten.

Im Jahre 1903 wurde Fritz Mehrmann als Expedient in die Parteizeitung berufen. Er widmete sich von da an mehr der politischen Bewegung. Mit ganzem Herzen war er jedoch immer bei unserer Organisation, er verfolgte ihren Aufstieg mit lebhaftem Interesse.

Vor einigen Jahren befiel ihn ein unheilbares Nervenleiden und verurteilte ihn zu dauerndem Siedtun und zur Invalidität, von der ihn jetzt im Alter von 67 Jahren der Tod erlöste.

Der jüngeren Kollegenschaft ist Fritz Mehrmann weniger bekannt geworden, die Alten jedoch, die sein unermüdetes Streben für die Organisation kennen und sein bescheidenes, selbstloses Wesen schätzen lernen, werden ihm ein ehrendes Andenken bewahren.

### Berichte.

Ludenwade. Einer der ältesten Papierwaren- und Kartonagenbetriebe am Orte ist die Firma S. Der Gründer dieses Betriebes, ein Fachmann vom alten Schrot und Korn, ist leider verstorben. Er hatte es verstanden, sich einen Stamm von Mitarbeitern heranzuziehen, die den Stolz des Betriebes bildeten und die auch auf eine jahrzehntelange Tätigkeit im Betriebe zurückzuführen konnten. Aber auch unsere Organisation hatte an diesen bewährten Kollegen einen guten Rückhalt. Es gab vor dem Kriege keinen Unorganisierten in diesem Betriebe. Wie sieht es nun heute unter dem Nachfolger des Gründers der Firma aus? Tüchtigkeit spielt heute keine Rolle mehr. Liebedelerei und Speckeldeckel beherrschen den Betrieb. Der jetzige Inhaber, ein sehr frommer Herr, bezieht seine Arbeiter von auswärtig und ermahnt sie, sich nicht mit den alten Arbeitern — es sind durch den Krieg nur noch wenige — abzugeben. Er ist der einzige Unternehmer, der es verstand, sich eine Streikbrechergarde heranzuziehen, die alles andere ist, nur nicht eine die Produktion hebende und die Ordnung im Betriebe wahrende Arbeiterschaft, vielmehr eine häßliche Propaganda unserer Kollegenschaft vorstellend. Am Ende des Streiks vorigen Jahres äußerte der Unternehmer seine Befürchtung, daß die streikende Kollegenschaft seine Pflanzlinge etwas unsanft anfallen würden. Das war grundlos, denn dazu hatten die ersteren ein zu großes Kleinlichkeitsgefühl. Wer Recht ist, soll Recht bleiben. Was soll aber dazu gesagt werden, wenn diese Firma junge, aus der Schule entlassene Mädchen deshalb nicht einstellt, weil sie keinen Religionsunterricht genossen haben. Wir geben es auf, diesen Herrn zu belehren, daß Instand und Ehre nicht von Religion abhängen und daß die organisierte, ihres Betriebes bewusste Arbeiterschaft nötiger denn je für die Wirtschaft ist. Es hängt von unserer Kollegenschaft ab, den Unternehmern ein Paroli zu bieten für ihre Anmaßung, in dem Arbeiter nur den Null zu sehen und ihn entsprechend zu behandeln.

Mannheim. Die Firma „Neue Badische Landeszeitung“ hat es verstanden, in letzter Zeit eine Anzahl Buchbinder von auswärtig heranzuziehen. Leider hat sich niemand vorher bei der Zahlstelle erkundigt. Nun erfolgen Klagen wegen angeblichem Arbeitsmangel. Die Kollegen werden in ihrem eigenen Interesse ersucht, Arbeitsangebote dieser Firma recht vorsichtig zu behandeln und vorher Ansuchen beim Gewerkschaftsrat, Frankfurt a. M., Allerheiligenstr. 51, einzuholen.

Reih. Am 28. März feierte die Zahlstelle Reih ihr 25jähriges Bestehen. Eine besondere Freude war es für die am Orte ansässigen Mitglieder, daß es sich die Gründer der Zahlstelle, die Kollegen Paul Bagler und Paul Kötsch, Leipzig, nicht hatten nehmen lassen, an dieser Feier teilzunehmen. Aus einigen benachbarten Zahlstellen waren Telegramme eingegangen, ebenso vom Hauptvorstand. Die Feier wurde eingeleitet durch den Vortag von Kurt: „Arzt des Tag“ von Mitgliedern des Reihers Volkshaus. Kollege Meißel begrüßte alle Anwesenden und wünschte der Zahlstelle weitere gute Erfolge. Als einzigen, der der Zahlstelle 25 Jahre die Treue bewahrt hat, konnten wir unseren Kollegen H. Brähler beglückwünschen. Hoffroh gab dann einen ausführlichen Rückblick über die verflochtenen 25 Jahre, darauf hinweisend, daß es Pflicht jedes Mitgliedes sei, mitzuarbeiten, um alle die Fernstehenden dem Verbandsbezug zu führen.

Nach ihm sprach Gauleiter Wagner über „Zweck und Ziele“, die der DVB verfolgt, im besonderen auf die Zahlstelle Reih eingehend. Auch Bagler schilderte in kurzen Worten den Aufbau der Zahlstelle, er gab seiner Freude Ausdruck darüber, daß der Baum, den er gepflanzt habe, Früchte getragen hat zum Wohle der Kollegenschaft, weitere gute Erfolge wünschend. Es folgte dann ein gemütliches Beisammensein, wobei die Mitglieder des Volkshaus durch Vortrag einigerlieder zum guten Gelingen beitrugen. Im Laufe des Abends wurde ein allgemeines Lied, „Reihers Karitäten“, gesungen, das viel Beifall auslöste. So ging der Abend schnell vorüber, die Kollegen trennten sich in der Hoffnung und mit dem Gebächnis, weiter im Sinne der Kollegenschaft zu arbeiten. Glück auf zu weiteren Erfolgen zum Nutzen des Deutschen Buchbinder-Verbandes.

### Literarisches.

G. Dimitroff: Die Tragödie Trojll. Mit Neuerungen und Beiträgen von Kretsch, Volanoff, Bauer, Bernstein, Lenin, Nabel, Sinowjew, Stalin, Trojll u. a. m. 80 Seiten. Kartoniert 1.20 Mk., gebunden 2.— Mk. S. Laubische Verlagsbuchhandlung G. m. b. H., Berlin W. 30.

Das Schicksal Trojlls, der nach Erscheinen seines Buches „1917. Die Lehren der Revolution“ seiner sämtlichen Posten in der russischen Sowjetrepublik entboden wurde, ist so einzigartig und sein Sturz von so eminenter politischer Bedeutung, daß es sich lohnt, über die wirklichen Ursachen seines Geschehens Klarheit zu erhalten. Bei der Bedeutung, die die Entwicklung der Dinge in Rußland nicht nur für die Konsoolidierung der politischen Verhältnisse Europas hat, sondern ebenso sehr für die Gestaltung der westeuropäischen Arbeiterbewegung, ist eine dauernde Beobachtung der inneren Verhältnisse unumgänglich. Die vorliegende Schrift, die Meinungsäußerungen und Urteile der berühmtesten Vertreter der sozialistischen und kommunistischen Internationalen über den Fall Trojll enthält, ist deshalb für den westeuropäischen Politiker und Sozialisten, Gewerkschafter und Genossenschaftler so aufschlußreich, weil sie einen Querschnitt der gegenwärtigen Lage Rußlands auf politischem, sozialem und ökonomischen Gebiete gibt, der ganz klar auch die soziologischen Gründe der Befestigung Trojlls aus der aktiven Politik Rußlands und damit der Welt zeigt.

### Bekanntmachung des Vorstandes.

Die Lokalbeiträge sind in folgenden Orten neu geregelt und in der neuen Höhe von uns genehmigt. Sie betragen von der 14. Beitragswoche ab in

| Beitragsklasse | I   |     | II  |     | III |     | IV  |     | V   |     |
|----------------|-----|-----|-----|-----|-----|-----|-----|-----|-----|-----|
|                | fl. | gr. | fl. | gr. | fl. | gr. | fl. | gr. | fl. | gr. |
| Gehren . . .   | 5   | 10  | 15  | 15  | 15  | 15  | 15  | 15  | 15  | 15  |
| Mannheim . .   | 5   | 10  | 15  | 20  | 20  | 20  | 20  | 20  | 20  | 20  |

### Adressenänderungen.

B. = Bevollmächtigter. K. = Kassierer.  
 Arnstadt. B.: O. Ritter, Hülsemannstr. 14 111.  
 K.: W. Wolf, Uferstr. 22 1.  
 Gersbach-Neugersdorf. B.: S. Hauswald, Ebersbach, Spreestr. 98 1.  
 K.: P. Israel, Neugersdorf, Leutersdorfer Str. 2.  
 Alle Sendungen an den Kassierer.  
 Der Vorstandsvorsitz.